

Wie funktioniert eigentlich Vorstandsarbeit in Coronazeiten?

Nun, wir konnten uns längere Zeit nicht treffen und haben uns zu einer Telefonkonferenz entschieden. Schließlich waren doch Entscheidungen mit dem Blick auf den 1. Mai sowie auf den 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai zu treffen. Vorzugsweise haben wir uns auf digitale Äußerungen verständigt. Dazu kann man auf der Internetseite und auf der Facebook-Seite der Suhler LINKEN einiges entdecken. Zum 8. Mai wollten wir aber gern in der Öffentlichkeit präsent sein. Das mit den Bannern war eine gute Idee von Steffen Hartwig, die wir gemeinsam umgesetzt haben. Auf dem Bild vom Platz der Deutschen Einheit sind die Worte FRIEDEN, МИР und PEACE zu lesen. Sicherlich konntet ihr sowohl unsere Presseerklärung als auch die schönen Fotos im FREIEN WORT zur Kenntnis nehmen und auch das Bild mit der Aufschrift МИР am Sowjetischen Ehrenmal in der Aue, wo wir auch ein Gebinde abgelegt haben. Dann waren Genossen auch im Stadtpark am Denkmal der antifaschistischen Widerstandskämpfer sowie am Rathaus. Dort haben Bürger gefragt, was das soll und erhielten eine Erklärung. Auch deshalb, weil das Banner mit PEACE entrollt wurde, um an die amerikanischen

Befreier von Suhl zu erinnern. Auch sie haben einen Platz in unserem Gedenken. Wir danken übrigens Lothar Günther sehr, dass er klug und mit großer Kompetenz die Artikelserie dazu im FREIEN WORT platzieren konnte. Der Stadtvorstand schätzte ein, dass die Aktion zum 8. Mai ein voller Erfolg war. Die Kritik von SPD und Freien Wählern, dass wir sie nicht gefragt hätten, weisen wir zurück. Wir wollten selbst aktiv sein und niemanden vereinnahmen. Jede und jeder konnte privat oder in kleiner Gruppe dieses wichtige Datum würdigen und die Opfer ehren.

Nun trafen wir uns erstmalig am 12. Mai wieder zu einer Vorstandssitzung, diesmal im Nordlicht, um die Regeln einhalten zu können. Abstand, Mund/Nasenschutz und Hände waschen sind die entscheidenden. Das hat gut geklappt. Schön war, dass wir Jill-Noah als neues Mitglied persönlich begrüßen konnten. Neben der Einschätzung der aktuellen Situation hat uns beschäftigt, wie wir in Zukunft als LINKE aktiv und erkennbar sein können.

Unser wichtigstes Markenzeichen ist und bleibt Solidarität. Deshalb haben wir beschlossen, eine Struktur für gegenseitige Hilfe aufzubauen. Bitte gebt uns ein Zeichen

(per Email oder Telefon), wer Hilfe braucht und wer bereit ist, Hilfe zu leisten. Wir werden die Informationen sammeln und die Helfenden vernetzen.

Leider mussten wir unser Sommerfest absagen, weil keiner genau weiß, ob Ende Juni größere Veranstaltungen im Freien stattfinden können. Aber wir versuchen im Herbst, vielleicht auch am 1. September zum Weltfriedenstag, eine öffentliche Veranstaltung mit Kultur, Musik und Politik durchzuführen. Wir haben vor, das Gesprächsforum „alternativ“ fortzusetzen und werden, wenn das unter Beachtung der Corona-Situation möglich ist, am 3.6. Tom Strohschneider, den Publizisten und ehemaligen Chefredakteur des ND, begrüßen können. Geplant ist auch für den 7.7. ein Abend mit dem bekannten Soziologen Prof. Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Die Veranstaltungen finden jeweils 19 Uhr in der Kulturbaustelle statt.

Ihr seht also: DIE LINKE in Suhl bleibt weiterhin aktiv. Der Vorstand wünscht euch: Bleibt schön gesund und lasst euch auch nicht von den selbst ernannten Grundgesetz-Schützern anstecken.

ES GRÜSST EUCH HERZLICH EURE INA



Gedenken am 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Foto: Chris Senft

Eine Legende wird 70



Ein Prototyp der AWO 425, Foto: E. Griebel

Ende Juni / Anfang Juli 1950 wurden die ersten 25 Exemplare eines neu entwickelten Motorrades im Simson-Werk vorgestellt. Mit dem neuen Fahrzeug eröffneten sich, allen Schwierigkeiten zum Trotz, Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Werkes und der Industrieregion Suhl / Zella-Mehlis.

Wenn wir heute der Befreiung unseres Volkes von der faschistischen Diktatur gedenken, erinnern wir auch daran, welche Chancen damit für den Wiederaufbau Deutschlands eröffnet wurden. Die Besatzungszeit war, gerade in der SBZ, eine schwierige Zeit. Sie war eine Periode, die in wirtschaftlicher Hinsicht auch durch die zutiefst berechtigten und in ihren Dimensionen historisch einmaligen Reparationsleistungen und in politischer Hinsicht durch den Aufbau eines stalinistischen Systems gekennzeichnet war. Gleichwohl wurden durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mittels ihrer Wirtschaftsunternehmen, die als Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) firmierten, eine Wirtschaftspolitik betrieben, die von weitreichender Wirkung für die industrielle, soziale, kulturelle und demographische Entwicklung war.

Die SAG „AWTOWELO“, die Betriebe des Fahrzeugbaus und der

Feinmechanik, die in sowjetisches Eigentum überführt worden waren, verwaltete und leitete, stellte für Suhl / Zella-Mehlis die Weichen. Zur SAG gehörten u.a. die Betriebe Simson, Feinmeßzeugfabrik und Thüringer Kugellagerfabrik. Bei Simson war zwar in den Jahren bis 1948 die Produktion von Jagdwaffen (15225

Doppelflinten in 1948), Fahrrädern (42.021), Kinderwagen und Kinderdreirädern wieder mit steigender Tendenz in Gang gekommen, aber damit waren die Kapazitäten des Betriebes und das Arbeitskräftepotential nicht ausgeschöpft. 1948 beschloss die Leitung der SAG in Berlin-Weißensee, Simson zu ihrer Motorradfabrik zu entwickeln und später die Motorradproduktion in ihrem Werk BMW Eisenach einzustellen. Die Motorräder sollten zweifellos wie die Jagdwaffen und Fahrräder zu einem großen Teil als Reparationslieferungen in die Sowjetunion gehen.

Nach einer rekordverdächtig kurzen Entwicklungszeit ab Oktober 1948 (Befehl zur Entwicklung und Fertigung eines Motorrades) wurden bereits im Juli 1949 zwei Prototypen den Vertretern der sowjetischen Generaldirektion vorgeführt. Bei der Entwicklung des Motorrades war es für die Suhler Entwickler von Vorteil, dass sie auf das Know-how des SAG-Betriebes BMW Eisenach zurück greifen konnten. Dort lagen alle Zeichnungen und Patente der Motorrad- und PKW-Produktion. Die SAG-Leitung konnte Kraft ihrer Besatzungsmachtbefugnisse auch erwirken, dass Betriebe der SBZ die Entwicklung und Produktion bei Simson als Zulieferer unterstützten. Es gelang dem vom sowjetischen Obering. Tjurin und von Dipl.-Ing. Friedrich Gonnermann geleiteten Kollektiv, bis zum Sommer 1950 ein serienreifes Motorrad zu entwickeln. Leider wissen wir über die sowjetischen Auftraggeber und die damals von sowjetischer Seite hier im Heinrichser Werk Verantwortlichen kaum etwas mehr als ihre Namen. Im September 1950 begann die Serienproduktion, zunächst nur auf Montageböcken. Das Motorrad erhielt die Typenbezeichnung „AWO 425“. Es wurde auf

der Leipziger Frühjahrsmesse 1951 der internationalen Öffentlichkeit vorgestellt. Erst im 3. Quartal 1951 stand ein Fließband zur Verfügung, was eine annähernde Verdreifachung des Ausstoßes von 7.300 in 1951 auf 20.404 Exemplare 1955 ermöglichte.

Es steht fest, dass nur sehr wenige AWOs als Reparationsleistungen und auch nur einige Tausend als Exportgüter in die UdSSR geliefert wurden. Übrigens gibt es noch heute AWO-Oldtimer in unserer Partnerstadt Kaluga.

Auch nach dem Ende der SAG-Zeit ging die Entwicklung des Betriebes, ab 1. Mai 1952 ein VEB, weiter. Ab 1956 rollte parallel zur AWO 425 ein neu entwickelter modernerer Typ „AWO 425 S“ von einem zweiten Band. Die Produktion der 425 wurde Anfang 1961, die der 425 S Anfang 1962 eingestellt. Insgesamt wurden 124.140 AWO/Simson 425 und 84.567 AWO/Simson 425 S hergestellt. Mit beiden Typen war Simson stark im Exportgeschäft.

Die entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung des Werkes zum größten Kleinkraftradproduzenten in Europa waren, dass Simson erfolgreich das erste neu entwickelte Motorrad auf die Straßen der DDR gebracht hatte, über viele Jahrzehnte Fahrräder in großen Stückzahlen hergestellt hatte und eine leistungsfähige Entwicklungsabteilung hatte. Diese Faktoren waren ausschlaggebend dafür, dass die Mopedproduktion nicht nach Magdeburg (MAW) oder Mühlhausen (Möve) (wo es nicht nur entsprechende Ambitionen der Werksleitungen, sondern bereits Prototypen gab!) kam, sondern nach Suhl. Das erreichte die Werksleitung zwischen 1953 und 1955. Erst durch den Auftrag der DDR-Regierung, die Mopedproduktion in Suhl aufzubauen, erhielten das Werk und die Region eine weit in die Zukunft reichende Entwicklungsperspektive. 1955 ging das erste Moped SR 1 in Serie, 1958 der erste Kleinroller KR 50, 1964 die „Vogelserie“. Es war eine Entwicklung mit Dellen, aber insgesamt aufsteigend. Durch die verhängnisvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik, die durch Honecker und Mittag mit dem 8. Parteitag begonnen wurde, und dem damit einhergehenden Investitions-, Sanierungs- und Innovationsstau wurde auch in Suhl ein allgemeiner Niedergang eingeleitet. Trotzdem war der Betrieb am Ende der DDR kein Schrotthaufen. Aber er wurde vollends kaputt diskutiert und kaputt gemacht.

-ECKHARD GRIEBEL-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer Juli-Ausgabe 2020 ist am 26.06.2020

Niemals vergessen!

Auszüge aus der Erklärung des Stadtvorstandes Suhl der Partei DIE LINKE zum 8. Mai 2020:

...Mit dem Ende des verbrecherischen 2. Weltkrieges wurden die Deutschen von einer menschenverachtenden Diktatur befreit, die Europa und weite Teile der Welt unterjochte. Als in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatten, atmeten die Völker Europas auf. Für sie war ein Krieg zu Ende, dessen Ausmaße, Zerstörungen und Opfer alles bis dahin Gekannte übertrafen. Fast 60 Millionen Menschen, darunter allein 6 Millionen Juden, verloren ihr Leben. Die Hauptlast im Kampf für die Zerschlagung des Faschismus trug die Sowjetunion, die allein mehr als 20 Mio. Tote zu beklagen hatte.

Mit dem Großdeutschen Reich war ein verbrecherisches System niedergedrungen, dessen Herrschaftspraxis sowie Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten.

Um die Bedeutung des 8. Mai wurde in Deutschland Ost und West unterschiedlich lange gerungen. Ein entscheidender Meilenstein war die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges

es über das nationalsozialistische Deutschland. Seine Formulierung "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung" war damals in der BRD im Gegensatz zur DDR keine Selbstverständlichkeit und bestimmt seither zu Recht die Geschichtsauffassung.

Wenn es heute nicht wenige Menschen gibt, die meinen, nach 75 Jahren wäre es an der Zeit, dieses Kapitel dunkelster deutscher Geschichte zu beenden und das Geschichtsbuch zuzuklappen, sagen wir: Nein! Diese Zeit darf nicht dem Vergessen zum Opfer fallen, sondern sie muss im kollektiven Gedächtnis der Menschen wachgehalten werden. Erinnern und mahnen, dass sich dergleichen niemals wiederholt, ist angesichts der aktuellen Entwicklung unsere Verpflichtung.

Damit der 8. Mai als Tag der Befreiung von der faschistischen Barbarei, als Gedenktag für Humanität und Demokratie und als Tag der Erinnerung an die Opfer sowie an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in der gesellschaftlichen Erinnerung den Platz bekommt, der ihm gebührt, fordert DIE LINKE, dass der 8. Mai ein bundesweiter gesetzlicher Gedenk- und Feiertag wird. Wir werden uns als Suhler Linke weiterhin dafür einsetzen und auch in Zukunft die unzähligen Opfer ehren.



Gedenken am 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am Sowjetischen Ehrenmal und am Rathaus



Fotos: Chris Senft

Diebe, die mit Erlaubnis des Kaisers stehlen

Diese Überschrift gab's schon mal, in der SAZ 12/2016. Damals ging es um betrügerische Geschäfte von und mit Banken. Diesmal geht es um VW. Zitat „Handelsblatt“: „Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellt ihr Strafverfahren gegen VW-Chef Herbert Diess und den Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Dieter Pötsch ein. Im Gegenzug für den Abschluss erhält die Staatskasse neun Millionen Euro, die indes vom Volkswagen-Konzern übernommen werden. Auch wenn diese Entscheidung vielen Aktionären und Bürgern nicht gefallen dürfte, die vorderste Managementreihe des Autobauers ist damit im Dieselskandal vor dem Gesetz unschuldig.“ Das ist das Ende einer Justizfarce. Diese „Einigung“ ist geeignet, das Vertrauen in den Rechtsstaat weiter zu erschüttern. Es ist kein Wunder, dass nicht die beiden Herren, sondern der Konzern die Summe von neun Millionen Euro überwiesen hat. Das geht auf Kosten des Landes Niedersachsen, des Bundes und der Aktionäre. Ein Dummer aus Suhl meinte am Beginn des VW-Dieselskandals, man könne ja nun nicht Leute, die sich so große Verdienste erworben haben, anklagen und bestrafen. Aber – eine übergroße Mehrheit der BürgerInnen in unserem Lande ist nicht so dumm, dass sie das verwerfliche Ende dieser Farce akzeptieren werden. Wir sollten uns dafür stark machen, dass diese Mehrheit wächst und dass die Glaubwürdigkeit derer, die das Ergebnis verteidigen, für immer erschüttert wird. Damit meine ich vor allem PolitikerInnen, JuristInnen und PublizistInnen. Zumal es darum geht, die dreisten Forderungen der gleichen Leute, ihrem ach so armen Konzern mittels Kaufprämien und anderer aberwitziger Maßnahmen den Weg zurück in die ach so schöne Volkswagenwelt zu bahnen und auch ihnen privat Superprofite zu garantieren, wirkmächtig zurück zu weisen.

–ECKHARD GRIEBEL–

Stadt Suhl unterstützt Unternehmen und Selbstständige

Am 18. Mai wurde ein Beschlussantrag an den Stadtrat zur „Unterstützung für Unternehmen und Selbstständige, die durch die Corona-Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind“ an OB André Knapp für die Stadtratssitzung am 27. Mai auf den Weg gebracht.

Der Antrag wurde gemeinsam von den Vorsitzenden der Fraktionen CDU/FDP, Die Linke, Freie Wähler/Grüne und SPD eingebracht, weil man sich der gemeinsamen Verantwortung in dieser schwierigen Zeit bewusst ist. Die Begründung des Antrages lautet:

„Bund und Land haben unterschiedliche Programme und Hilfen aufgelegt, um Firmen, Gesellschaften, Verbänden oder Selbstständigen zu helfen, die durch die Corona-Krise unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.“

Auch die Stadt Suhl ist als Kommune auf Bundes- und Landeshilfe angewiesen, um künftig die Daseinsvorsorge für ihre Bürger auf akzeptablem Niveau aufrechtzuerhalten. Die Streichung wichtiger Investitionen muss verhindert werden, um die Wirtschaft nicht in noch größere Schwierigkeiten zu bringen.

Dennoch hält es der Stadtrat für seine Pflicht, zusätzliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um auf kommunaler Ebene in begründeten Fällen zur finanziellen Unterstützung und Entlastung nachweislich betroffener Unternehmen und Gewerbetreibenden aus Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie, Tourismus und Kultur, des Handwerks und der Industrie beizutragen. Diese kommunalen Maßnahmen dürfen sich jedoch nicht reduzierend auf die Bundes- und Landeshilfen auswirken, weder für die Stadt noch für die betroffenen Unternehmen und Einrichtungen.“

OB und Verwaltung werden beauftragt, für die finanzielle Unterstützung und Entlastung mögliche Maßnahmen zu prüfen. Dazu gehören der zeitweilige Erlass oder die zeitweilige Absenkung von Gewerbesteuer- und Grundsteuerzahlungen, die Gewährung zeitweiser Zuschüsse zu Mietzahlungen bzw. teilweiser Mieterlass in städtischen Einrichtungen und auf städtischen Flächen und der temporäre Verzicht auf Gebühren bei gastronomischer Nutzung von städtischen Freiflächen. Zu prüfen

sind auch Maßnahmen, die zur Senkung von Verwaltungsausgaben in den Ämtern und Einrichtungen der Stadtverwaltung und Firmen mit städtischer Beteiligung führen. Es geht auch um Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation durch Unterstützung des Tourismus mit einer Werbeaktion, vorgeschlagen wird dafür der Slogan „Urlaub in der Rennsteigregion“, wobei für diese Aktion die Kräfte im Rahmen des Oberzentrums gebündelt werden sollen.

Bereits in der Stadtratssitzung Juni soll dem Stadtrat ein Katalog möglicher Maßnahmen mit den sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen für die Stadt vorgeschlagen werden. Der Finanzausschuss soll diese Maßnahmen federführend begleiten und in gegebenen Fällen auch Entscheidungen zur Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen treffen, die anderen Ausschüsse sollen entsprechend ihrer Zuständigkeit beteiligt werden.

Der OB wird im Interesse einer wirksamen Arbeit gebeten, in jeder Stadtratssitzung kurz zur Umsetzung des Beschlusses zu berichten. – EBE –

Telefonnummern für den Ernstfall

Corona-Hotline der Thüringer Landesregierung

☎ 0361 75 049 049

Kassenärztlicher Notdienst

☎ 116 117

Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen

☎ 0800 116 016

Kinder- und Jugendtelefon

☎ 116 111

Infotelefon Depression

☎ 0800 3344 533

Sucht- und Drogen-Hotline

☎ 01805 313 031

Telefonseelsorge

☎ 0800 11 101 11

☎+☞: linke_thl #wirmachensgerecht



Gegenseitige Hilfe in Corona-Zeiten

Man kann auch aus der Corona lernen. Wir haben festgestellt, dass die Hilfen in Coronazeiten sehr gerne angenommen werden. Es wäre schade, wenn die Hilfsbereitschaft nach der Krise wieder abflauen würde. Es gibt Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die die Hilfe auch danach gerne in Anspruch nehmen würden.

Warum sollte das nicht möglich sein? Wir schlagen vor, so ein kleines Hilfsportal auch weiterhin anzubieten. Wer möchte als Helfer/in daran teilnehmen, wer braucht Hilfe?

Interessenten melden sich bitte unter der e-Mail Adresse rgeschaefsstelle@die-linke-suhl.de oder unter der Tel. 03681-728562.

Wir hoffen auf rege Mitwirkung und Inanspruchnahme!
–STEFFEN HARTWIG / HELMUT HELLMANN–

Termine Juni 2020 (Voraussichtlich)

Mi 03.06. 19.00 Uhr

„Linke Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs:

Was tun? Corona, Klimakrise, Kapitalismus, Verschwörungstheorie und Rechtsruck: Über progressive Alternativen und notwendige Hoffnung“, mit Tom Strohschneider

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen mit dem Gesprächsforum alternativ, Kulturbaustelle

**Ab 4. Juni ist
die Geschäftsstelle
Rüssenstraße 19
Tel. 03681 308158
donnerstags
von 14.00 bis 16.30 Uhr
wieder mit unserem
ehrenamtlichen
Dienst besetzt.**